



Kiel, 1. Februar 2018

Nr. 030 /2018

Özlem Ünsal:

Einigung auf zusätzlichen Feiertag in Sicht

Zu dem heutigen Beschluss der norddeutschen Regierungschefs, den Reformationstag als gesetzlichen Feiertag in allen norddeutschen Ländern einzuführen, wie dies in Mecklenburg-Vorpommern bereits der Fall ist, erklärt die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Özlem Ünsal:

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die Entscheidung der norddeutschen Regierungschefs, sich auf einen gemeinsamen neuen Feiertag für den Norden im Verbund zu einigen. Wir finden es aber irritierend, wenn sich der schleswig-holsteinische Ministerpräsident in Berlin auf den Reformationstag verständigt, bei seinen Koalitionspartnern in Kiel aber weiterhin Uneinigkeit und Aufruhr in dieser Frage herrscht.

Die schleswig-holsteinische CDU zieht damit dem SPD-Vorstoß für den Reformationstag hinterher. Das ist in der Sache begrüßenswert, insbesondere wenn am Ende die Beschäftigten in Schleswig-Holstein zukünftig dauerhaft einen zusätzlichen gesetzlichen Feiertag erhalten.

Für uns ist der Reformationstag mehr als nur ein religiöser Feiertag der Protestanten. Jenseits religiöser oder konfessioneller Überzeugungen ist die Reformation eines der wichtigsten Ereignisse der europäischen Geistes- und Gesellschaftsgeschichte, durch die auch die Voraussetzungen für spätere Entwicklungen geschaffen wurden, die die Grundlage unserer pluralistischen Verfassungsordnung bilden.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de